



Aus dem Kreistag LOS

- Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!

Seite 3



Aus dem Landtag

- Die grenzenlose Prävention Seite 4
- Unterstützung bei Herstellung der Barrierefreiheit im ÖPNV Seite 5



Antifaschismus

- Vor 60 Jahren – Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald S.12

Die Heißzeit droht

Zum aktuellen Stand der Klimaforschung



Die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Klimaforschung zu leugnen, das haben sich Populisten überall auf der Welt auf die Fahnen geschrieben. Die Bundesregierung spricht zwar von Klimazielen, verweigert aber konsequentes Handeln in der Klimafrage. Es ist verantwortungslos und gefährlich, die Klimaziele 2020 jetzt zu kippen! Denn nicht eine klimafreundliche Politik ist unrealistisch, sondern die Verweigerung der Anerkennung von wissenschaftlichen Tatsachen ist es. Mit unseren fünf Schritten für eine Klimawende könnten wir sofort etwas bewirken. Worauf warten wir noch?

Lesen Sie auf Seite 10 das „Sofortprogramm Klima der Partei DIE LINKE – Was nötig ist, um das Klima zu retten“

Zeichnung:
Gerhard Mester – Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42626993>

Wie kann es sein, dass die Folgen des Klimawandels dieser Tage nicht flächendeckend und überparteilich die politischen und medialen Top-Themen sind? Erst gestern warnten Wissenschaftler vor einer drohenden Heißzeit, heute schickt „Astro-Alex“, Astronaut Alexander Gerst, Bilder aus dem All, die ein streckenweise verdorrtes Europa zeigen. Das System des Krisenkapitalismus zerstört durch massiven Raubbau die Lebensgrundlage der Menschen und seine Claqueure nehmen das entweder billigend in Kauf oder treiben diese Entwicklung mit der sprichwörtlichen „Nach uns die Sintflut“ – Haltung auch noch voran. Die Bundesregierung

sitzt die längst überfällige Energiewende aus. Die Klimaziele für 2020 sind von der Bundesregierung spektakulärst verschlafen worden. Ich habe wenig Hoffnung für die Klimaziele 2030. Dabei hatte die Kanzlerin im September 2017 bekräftigt, das Klimaziel für 2020 noch erreichen zu wollen und somit Deutschlands Treibhausgas-Ausstoß um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Jetzt ist sie davon abgerückt. Kohlekraft ist ein Klima-Killer, Deutschland braucht dringend ein CO₂-neutrales Verkehrssystem. Aber wer Lobbypolitik betreibt, dem sind, wie immer, die Hände gebunden. DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm mit schnellem Kohleaus-

stieg und einem Fond zur Absicherung der Beschäftigten. Deutschland braucht ein Investitionsprogramm zum Ausbau des ÖPNV und eine spürbare Senkung der Fahrpreise, bis hin zum gebührenfreien ÖPNV.

Bernd Riexinger,
Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Aus dem Kreistag Oder-Spree



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

Engels, Marx, das Kindergeld und die Lage der arbeitenden Klasse heute

Im August 2018 gingen (erneut) Forderungen des Landkreistages zur Verringerung des Kindergeldes für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland durch die Presse.

Am 10. August forderte der Deutsche Landkreistag „die Bundesregierung auf, Pläne zur Begrenzung des Kindergeldes für Kinder im Ausland voranzutreiben“. Ergebnis müsse „eine deutliche, aber natürlich auch europarechtskonforme Anpassung der Leistungen sein“, sagte der Präsident des Landkreistages, Reinhard Sager, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Anpassung ist hier die Umschreibung für Senkung des Kindergelds.

Höchste Zeit also für den an der Grenze zu Polen gelegenen Landkreis Oder-Spree als Mitglied des Deutschen Landkreistages hier eindeutig Position zu beziehen. Denn von den 211 000 ausländischen, in Deutschland kindergeldberechtigten und in anderen Ländern der EU lebenden Kindern, waren

2017 fast 103 000 polnische Kinder. Gegen sie ist dieser Angriff in der Hauptsache gerichtet. Ganz unmittelbar

hat die auch vom Landkreistag erhobene Forderung zwei Stränge:

Im Jahr 2011 entfielen für die Länder, die nach 2000 der EU beigetreten waren, die bis dahin von der Bundesrepublik Deutschland voll ausgeschöpften Begrenzungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Danach erhöhte sich die Zahl der in der Bundesrepublik arbeitenden Polinnen und Polen von 176 000 im Sommer 2012 auf 415 000 im Mai 2018. Die Zahl ihrer in der Heimat verbliebenen Kinder wuchs als Folge dieser Entwicklung von 38 000 auf mehr als 102 000.

Und im Jahr 2012 hatten in Deutschland tätige polnische Saisonarbeiter vor dem Europäischen Gerichtshof ein Urteil erstritten, mit dem die Bundesrepublik verpflichtet wurde, auch für diese Kinder Kindergeld zu zahlen.

Danach traten wesentliche politische Kräfte auf den Plan, die diese Regelung wieder kippen wollen. Die üblichen Vorwände – die Bekämpfung von Betrug und „arglistiger Zuwanderung in die Sozialsysteme“ – fallen bei einem Blick auf das deutsche Buhlen um ausländische Fachkräfte – aus Osteuropa gerne auch für den „Pflegebereich“ – oder auch um mies bezahlte Saisonarbeiter für Spargel und Erdbeeren – in sich zusammen.

In Wirklichkeit geht es um ganz normalen Kapitalismus. Die (teilweise) offenen Grenzen innerhalb der EU sollten noch wirksamer für deutsche Plusmacherei genutzt wer-

den. Zu diesem System gehört, dass die Grenzen der Sozialsysteme bestehen bleiben und – wo es geht – weiter abgedichtet werden. „Deutsches Kindergeld nur für Deutsche“ ist Teil dieses Systems.

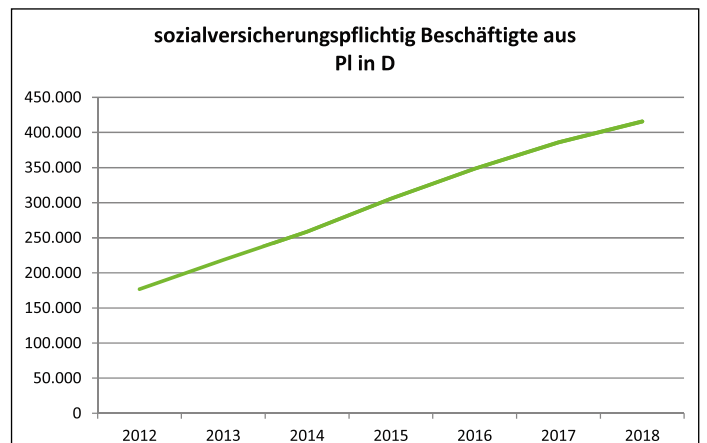
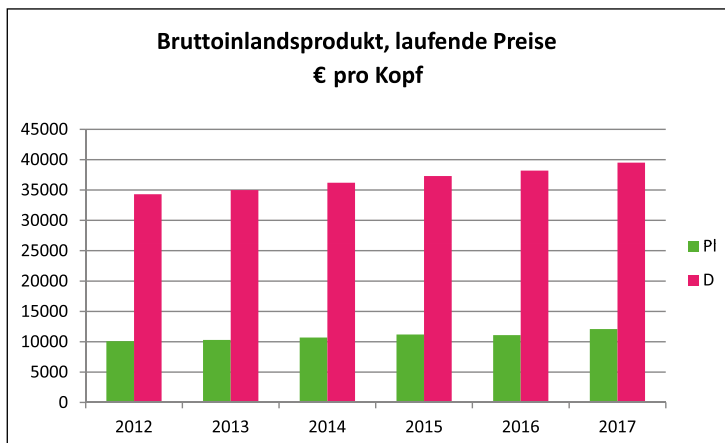
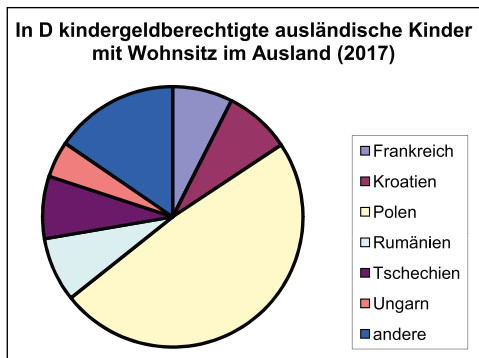
Wenn das für Deutschland statistisch ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung angesetzt wird, dann leisteten Arbeitskräfte aus Polen im Jahr 2012 einen Beitrag von über 6 Mrd. Euro zum deutschen BIP. 2017 waren es dann schon über 16 Mrd. Euro.

Die Kehrseite: In der gleichen Zeit ist der Rückstand des polnischen BIP gegenüber dem deutschen von pro Kopf 24 200 Euro auf 27 400 Euro angewachsen.

Diese Art „Europäische Integration“ ist also für das deutsche Kapital durchaus eine Erfolgsgeschichte und dazu geeignet, den Migrationsdruck zu erhöhen. Oder unfreundlicher formuliert: Dem deutschen Kapital dadurch Extraprofit zu verschaffen, dass geeignete Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutiert und wesentliche Teile ihrer Reproduktionskosten – wie die Fürsorge für ihre Kinder – vor der Tür (vor der Grenze) gehalten werden.

Und hier kommen Engels und Marx ins Spiel. Bereits 1843 beschreibt Friedrich Engels völlig unromantisch die Triebkraft der irischen Migration nach England: „Von der Heide, auf der er unter einem schlechten Dach, bei dünnem Tee und schmalen Kost herange-

Weitere Meldungen siehe auch: neues deutschland, 27.9.2018, Berlinausgabe, Seite 13



wachsen ist, wird er in unsere Zivilisation hineingerissen. Der Hunger treibt ihn nach England.“ (MEW Bd. 1 S. 478)

1845 widmete sich Engels dem Problem in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ näher. Danach muss auch „den Fabrikarbeitern so viel gegeben werden, daß sie ihre Kinder zu regelmäßiger Arbeit erziehen können – aber auch nicht mehr, damit sie nicht den Lohn ihrer Kinder entbehren können und sie etwas anderes werden lassen als bloße Arbeiter.“ (MEW 2/308)

Friedrich Engels kommt zu dem Ergebnis: „Die rasche Ausdehnung der englischen Industrie hätte nicht stattfinden können, wenn England nicht an der zahlreichen und armen Bevölkerung von Irland eine Reserve gehabt hätte, über die es verfügen konnte.“ (MEW 2, S. 320)

Genau diese Rolle sollen heute für die bundesrepublikanische Wirtschaft auch auf dem osteuropäischen Markt rekrutierte Arbeitskräfte – von der Fachkraft bis zum Saisonarbeiter – spielen. Sie sollten auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Lücken schließen, die hier im Ergebnis einer am Profitstreben orientierten Politik gerissen werden. Und sie sollen billig sein – billiger jedenfalls, als die Entwicklung des erforderlichen Arbeitskräftepotentials in Deutschland wäre. Und zu diesem „billiger“ gehört die Verweigerung des gleichen Kindergeldes.

Nun ist einzuwenden: Die Verhältnisse im Polen des Jahres 2018 sind doch mit denen im Irland der 1840er Jahre nicht vergleichbar. Wer heute kommt (migriert), der folge doch nicht der Not sondern seinem freien Entschluss.

Tatsächlich?

Zur Erinnerung: Im Jahr 2017 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu Marktpreisen in Polen weniger als ein Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts (rund 40000 Euro zu 12000 Euro). Und diese Kluft ist zwischen 2011 und 2017 noch um 5000 Euro gewachsen. Wie „frei“ können unter solchen Umständen tatsächlich individuelle Entschlüsse zur Migration sein? Zum Beispiel der Entschluss von Müttern, sich zur „rund um die Uhr-Pflege“ nach Deutschland zu verdingen und ihre Kinder bei Verwandten zu lassen?

Aber es geht auch in unseren Tagen noch wesentlich schlimmer: Am 11. August 2018 berichtete Thomas Steinfeld in der *Süddeut-*

schen Zeitung über das Schicksal von Migranten in Italien, einer Unterschicht unterhalb aller Unterschichten. „Darin leben Menschen, die in die Wirtschaft integriert sind, ansonsten aber, jeder für sich, in einem existenziellen Ausnahmezustand leben. Das Proletariat der frühen Industrialisierung scheint in ihnen zurückzukehren, lauter Menschen ohne „Vaterland“ (Karl Marx), die buchstäblich nicht mehr verdienen, als sie zur Reproduktion ihres leiblichen Daseins benötigen.“

In mancher Beziehung stellen sich die Fragen also auch im Jahre 2018 noch so brutal wie 1845.

Der Forderung, für Kinder, die von ihren Eltern getrennt leben müssen, in Deutschland das Kindergeld zu kürzen, während ihre Eltern für den Wohlstand und den Profit in Deutschland schaffen und hier auch Steuern zahlen, ist Teil einer Politik, die auf die zusätzliche Ausplünderung – vorsichtig ausgedrückt – weniger wohlhabender Länder gerichtet ist. Die sollen Kinder großziehen, bilden und später als Arbeitskräfte möglichst kostengünstig nach Deutschland schicken.

Dem ist die Forderung nach gleichem Recht, gleichem Lohn und gleichen Sozialleistungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort entgegen zu halten. Für eine solche Positionierung des Kreistages Oder-

MARX-WORTE

„Und so ist es jetzt in allen Ländern Europas eine Wahrheit, erwiesen für jeden vorurteilsfreien Geist und nur gelehrt durch die interessiert klugen Prediger eines Narrenparadieses, daß keine Entwicklung der Maschinerie, keine chemische Entdeckung, keine Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion, keine Verbesserung der Kommunikationsmittel, keine neuen Kolonien, **keine Auswanderung, keine Eröffnung von Märkten, kein Freihandel, noch alle diese Dinge zusammen-** **genommen das Elend der arbeitenden Massen beseitigen können, sondern daß vielmehr umgekehrt, auf der gegenwärtigen falschen Grundlage, jede frische Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit dahin streben muß, die sozialen Kontraste zu vertiefen und den sozialen Gegensatz zuzuspitzen.“**



Quelle: MEW Bd. 16 S. 9; ausgewählt von Dr. Artur Pech
Hervorhebungen: Dr. Artur Pech

Und so sehr die Entwicklung in den entwickelten kapitalistischen Staaten dieser Einschätzung partiell zu widersprechen scheint, so sehr wird sie noch im Jahre 2018 durch die weltweite Verschärfung der sozialen Gegensätze auch als Triebkräfte der Migration bestätigt. A.P.

Spree hat die Linksfraktion zu seiner Sitzung am 26. September 2018 einen Antrag eingebracht.

DOKUMENTIERT

Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree
Antrag zur Sitzung des Kreistages am 26. September 2018

Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!

Der Kreistag Oder-Spree möge beschließen:
Entschließung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree:

Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!

Der Kreistag hat mit Befremden Forderungen zur Kenntnis genommen, das Kindergeld für die Kinder von in Deutschland arbeitenden Menschen aus dem Ausland auf das Niveau ihrer Herkunftsländer abzusenken.

Wir wissen, dass die weit aus größte Zahl der Kinder, die davon betroffen wären, Kinder von in Deutschland arbeiten-

den Bürgerinnen und Bürgern der Republik Polen sind.

Wir wissen, dass darunter Mütter sind, die für den Broterwerb die Trennung von ihren Kindern in Kauf nehmen müssen.

Und wir wissen auch, dass die Menschen aus der Republik Polen auf dem deutschen Arbeitsmarkt Lücken in Bereichen schließen, die im Vergleich mit anderen Tätigkeiten häufig schlechter bezahlt werden.

Eine Woche nach seiner Sitzung in seiner polnischen Partnerstadt erklärt der Kreistag:

Wer in Deutschland arbeitet, Steuern zahlt und Sozial-

abgaben leistet, hat Anspruch auf gleichen Lohn und gleiche Sozialleistungen!

Der Landrat wird beauftragt, diese Erklärung dem Präsidium des Deutschen Landkreistages zu übermitteln

Begründung:

In Anbetracht von einschlägigen Erklärungen des Präsidenten des Deutschen Landkreistages ist eine Positionsbestimmung durch den Kreistag in dieser Angelegenheit erforderlich.

Dr. Artur Pech
Fraktionsvorsitzender



von
Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg

- **Internet:**
<http://volkmar-schoeneburg.de/>
- **Facebook:**
www.facebook.com/volkmar.schoeneburg
- **Wahlkreisbüro**
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:
(033 61) 3 69 89 81
- **Mitarbeiterinnen**
Romy Neupert
Handy:
(01 52) 29 08 10 64
Franziska Schneider
Handy:
(01 52) 3 70 96 95

Zeichnungen:
Klaus Struttmann

Die grenzenlose Prävention

Anmerkungen zur geplanten Novelle des Brandenburger Polizeigesetzes

„Wer Freiheit für Sicherheit aufgibt, wird beides verlieren.“
(Benjamin Franklin)

Ausgangspunkt war der grausame terroristische Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016, dem zwölf Menschen zum Opfer fielen. Seitdem ist, obwohl das Attentat bei Vollzug bestehender Gesetze hätte verhindert werden können, eine hektische Betriebsamkeit bei der Novellierung der Polizeigesetze des Bundes und der Länder zu beobachten.

Bundesländer überbieten sich in Gesetzesverschärfungen

Am Anfang stand die Änderung des BKA-Gesetzes (BKA = Bundeskriminalamt). Dem folgte im Sommer 2017 Bayern mit der Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) und der unbegrenzten Präventionshaft, also einer Inhaftierung ohne Tat, Anklage, Prozess und Urteil. Ende 2017 verabschiedete Baden-Württemberg unter Führung der Grünen eines der schärfsten Polizeigesetze. Im Mai diesen Jahres sattelte Bayern noch einmal drauf. Gegenwärtig werden Regierungsentwürfe u. a. in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Niedersachsen und eben auch Brandenburg diskutiert. Lediglich Thüringen hat erklärt, dass es in dieser Legislaturperiode kein neues Polizeigesetz erarbeiten werde. In Bayern, wo mehr als 30 000 Menschen gegen das Gesetz demonstrierten, Nordrhein-Westfalen, wo mehr als 10 000 Gegner des Entwurfs auf die Straße gingen, und Sachsen haben sich breite Bündnis-

se gegen die Verschärfung des Polizeirechts gebildet.

Die Begründungen für die Gesetzesinitiativen der Länder ähneln sich wie ein Ei dem anderen. Vor allem wird auf eine vermeintlich neue, beängstigende Sicherheitslage abgestellt. Dabei wird insbesondere auf die Gefahren durch den islamistischen Terrorismus verwiesen, die sich in der zunehmenden Zahl von sogenannten Gefährdern zeige. Das hindert die Gesetzgeber jedoch nicht daran, viele der neuen Instrumente nicht auf zu verhindernde terroristische Taten zu beschränken. Der Terrorist als Gesetzgeber, so umschrieb der Journalist Heribert Prantl dieses Phänomen.

Das Zauberwort der Innenpolitiker ist dabei das der Prävention, der Gefahrenabwehr. Sie ist neben der Strafverfolgung eine der Polizeiaufgaben. Das Gefahrenabwehr-Konzept leitet seine Überzeugungskraft ausschließlich aus dem Paradigma von Sicherheit und Sicherheitsbedrohung her. Die Freiheitsrechte werden zwar verbal respektiert, um sie dann jedoch in den Bedrohungsszenarien gefährdeter Sicherheit herabzusetzen. Was ist der Datenschutz, was ist die Privatsphäre, was ist die Trennung von Geheimdiensten und Polizei, was ist die Unverletzlichkeit der Wohnung, was ist das Recht auf Freizügigkeit, was ist das Recht auf persönliche Freiheit oder informationelle Selbstbestimmung denn wert angesichts schrecklicher Gefahren für viele Menschen durch einen (möglichen) Bombenanschlag, argumentieren die Sicherheitsstrategen. Der Logik der Gefahrenabwehr entspricht es, in Grundrechte einzugreifen, bevor sich Gefahren bedrohlich verdichten. Die Freiheitsrechte, so der frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes und Strafrechtslehrer Winfried Hassemer, werden dabei in dem jeweiligen Bedrohungsszenario zerrieben.

Brandenburg soll folgen

So verhält es sich auch bei dem gegenwärtig in der Diskussion stehenden Entwurf einer Novelle des Brandenburger Polizeigesetzes, den der Innenminister vorgelegt hat. Inhaltlich unterscheidet er sich nur in Nuancen von den Entwürfen an-

derer Länder. Einige der schärfsten und folglich umstrittensten Neuerungen sind die Online-Durchsuchung, die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ), die Fußfessel für „Gefährder“, die Ausweitung der Präventionshaft von bisher vier Tagen auf zwei Wochen und der Einsatz von Sprengmitteln gegen Terroristen.

Bei der Online-Durchsuchung dringt der Staat mittels einer Software unbemerkt in Smartphones oder Computer ein, um Daten auszuspähen. Mit der Quellen-TKÜ soll die Polizei auch verschlüsselte Nachrichten überwachen können. Diese Art der Kommunikation ist weit verbreitet. Nachrichten werden vor ihrem Versand verschlüsselt. Ermittler können die Daten nur vor der Verschlüsselung auslesen. Daher müssen die Geräte selbst angezapft werden. Die für beide Eingriffe notwendige Software nennt man auch Bundestrojaner. Die Maßnahmen sind heute bereits möglich. Sie wurden für die Strafverfolgung, d.h. bei Vorliegen eines konkreten Tatverdachts, 2017 in einer Übertummelungsaktion vom Bundesgesetzgeber eingeführt. Sie stehen unter heftiger Kritik. Es handelt sich nämlich um schwerwiegende Grundrechtseingriffe, die vor allem mit dem 2008 vom Bundesverfassungsgericht geschaffenen „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ kollidieren. Denn die Polizei bekommt verdeckt einen Überblick über das gesamte Leben des Betroffenen, von den Bankdaten über persönliche Mails bis hin zu Kalendern oder Tagebüchern. Alles, was gespeichert wird, ist für die Polizei prinzipiell verfügbar. Dabei könnte die Polizei auch offen auf die meisten dieser Daten zugreifen. Sie muss nur die in Frage kommenden Handys und Computer beschlagnahmen. In diesem Fall kann der Betroffene jedoch das Agieren der Polizei rechtlich überprüfen lassen, was diese oft nicht will. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Zudem ist nicht gewährleistet, dass die Trojaner nur das können, was sie auch dürfen. Auch die Bindung der Eingriffe an eine richterliche



Entscheidung (richterlicher Vorbehalt) ist nur eine unzureichende Kontrolle. Dem Richter fehlen, um die Reichweite der Software zu kontrollieren und sicherzustellen, dass diese wieder abgeschaltet wird, die technische Sachkunde und eine unabhängige Expertise. So der Einwand des Grünen Christian Ströbele. Außerdem sagt die Erfahrung, dass Richter generell geneigt sind, Anträge der Ermittlungsbehörden einfach „durchzuwinken“.

Wir befinden uns nicht im Bürgerkrieg

All diese Kritik trifft auch für die geplanten Regelungen im Brandenburger Polizeirecht zu. Sie muss jedoch um einen gravierenden Punkt ergänzt werden. Bei den Brandenburger Befugnissen würde es sich nicht um strafprozessuale Befugnisse zur Aufklärung einer Straftat bei Vorliegen eines konkreten Tatverdachts handeln. Vielmehr wäre hier der Anknüpfungspunkt für das Anordnen der Online-Durchsuchung oder der Quellen-TKÜ das Begehen einer (diffusen) Gefahr. Das ähnelt eher geheimdienstlichen als polizeilichen Aufgaben. Es geht um eine Art Vorfeldermittlung, was die Grundrechtseingriffe noch fragwürdiger macht.

Die Einführung der elektronischen Fußfessel für „Gefährder“ ist ebenso wie die Präventionshaft eine Sanktionierung ohne rechtswidrige Tat. Das ist rechtsstaatlich

mehr als problematisch. Hinter der Sanktion steht die Kategorie „Gefährder“, die nicht gesetzlich definiert ist. Sie ist ein polizeilicher Arbeitsbegriff und bezeichnet Personen, denen politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung zugetraut werden. Wer „Gefährder“ ist, entscheidet die Polizei. Letztlich knüpft die Sanktion der Fußfessel, dieser schwere Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, an die unterstellte Gesinnung der betroffenen Person an.

Denkt man die Idee der präventiven Fußfessel und Haft zu Ende, landet man unweigerlich in Guantanamo. Übrigens ist die Fußfessel auch nicht geeignet, einen Selbstmordattentäter von einer geplanten Tat abzuhalten.

Hinsichtlich des vorgesehenen Sprengmitteleinsatzes gegen Personen hat die Gewerkschaft der Polizei es auf den Begriff gebracht: Wir befinden uns nicht im Bürgerkrieg!

Alles in allem drängt der Entwurf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit zugunsten des Prinzips der Effektivität weiter zurück. Das ist eigentlich nicht verwunderlich. Denn, wie der ehemals Vorsitzende Richter am Bundesgerichtshof Thomas Fischer anmerkt: Die Lo-



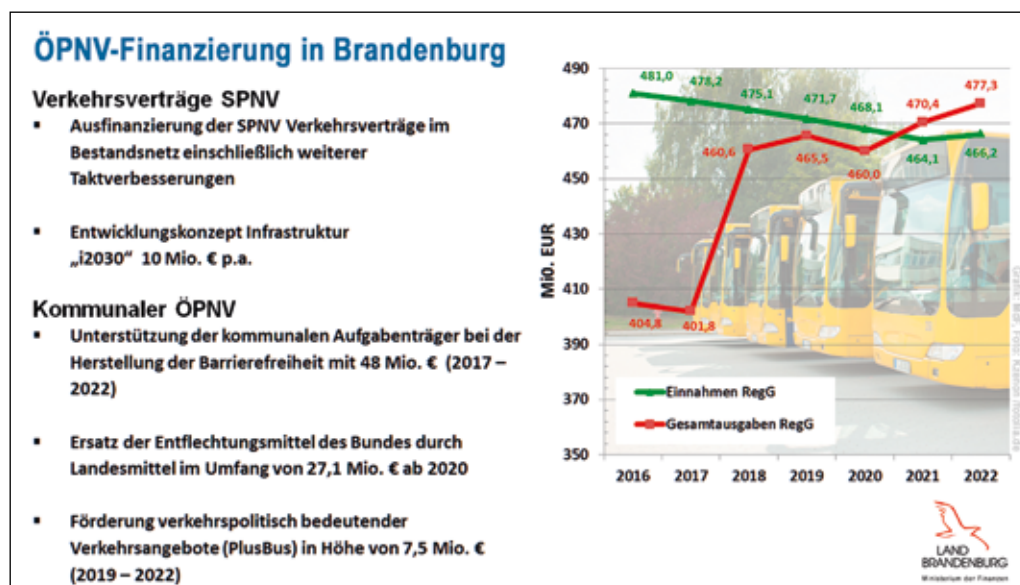
gik der Gefahrenabwehr kennt keine Obergrenze. Sie kann auch in eine „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“, wie sie die Polizei unter der Naziherrschaft praktizierte, münden. Der fielen politische Gegner, „Berufsverbrecher“, „Gemeinschaftsfremde“, „Homosexuelle“ oder unangepasste Jugendliche zum Opfer. Insofern ist der Satz, Freiheit bedarf Sicherheit, einfach dümmlich. Freiheit und Sicherheit stehen in einem Spannungsverhältnis. Will man nicht in einem völligen Überwachungsstaat landen, muss die Sicherheits- und Kriminalpolitik immer grundrechtsorientiert sein. Das bedeutet aber wiederum, Verschärfungen des Brandenburger Polizeigesetzes abzulehnen.

Zwischenüberschriften Redaktion „Widerspruch“

Land unterstützt Kommunen bei der Herstellung der Barrierefreiheit im ÖPNV

Die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), dazu zählen der Schienengebundene Personennahverkehr (SPNV) und der übrige ÖPNV (mit Straßenbahnen und Bussen), sowohl in den Städten und ihrem Umland als auch in dünner besiedelten Räumen, ist eine Schwerpunktaufgabe im Bereich Verkehr des neuen Doppelhaushaltes 2019/20. Deshalb werden unter anderem die kommunalen Akteure bei der Herstellung der Barrierefreiheit mit 48 Mio. Euro unterstützt. Die Mittel, die der Bund ab 2020 womöglich nicht mehr zahlt, werden aus dem Landeshaushalt in Höhe von 27,1 Mio. Euro ersetzt.

Quelle: Ministerium der Finanzen





von
Franziska Schneider,
Erkner;
Mitglied im Vorstand DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau;
Bewerberin als Kandidatin zur Landtagswahl im Direktwahlkreis 31 – Neuenhagen und Hoppegarten (beide MOL) sowie Schöneiche, Woltersdorf und Erkner (alle LOS).
Foto: Spreebote

Ein weiterer Beitrag von Franziska Schneider zum Landesentwicklungsplan unter dem Titel „Wachstum auf's Land tragen“ erschien im Widerspruch Juni 2018.

Ein Plan für Brandenburg

Systematische Betrachtung ist der Schlüssel

Den aktuell diskutierten Landesentwicklungsplan zu lesen, ist nicht vergnügungssteuerpflichtig. Wörter wie „Achsenzwischenraum“ oder „Stadt der zweiten Reihe“ deuten die Tendenzen des Planes für die Zukunft von Brandenburg an: Orte, die etwas zu bieten haben, bekommen. Der Rest bleibt Nebensache. Doch so geht es nicht!

Ziele in einem Landesentwicklungsplan

Gut ist es, wenn man weiß, wohin man will. Was sind die Ziele der Entwicklung eines Raumes, so groß wie das Bundesland Brandenburg?

Die Antwort: Wir wollen mit einem (links geprägten) Landesentwicklungsplan eine lebenswerte Zukunft der Bewohner des Landes, unserer Mitbürger, gestalten. Und das geht nur – bei allen Unterschieden zwischen den Regionen – mit der Gewähr gleicher Lebenschancen für alle.

Das können wir in einige zentrale Themenfelder oder Überschriften übersetzen:

1. eine dezentrale Orientierung, in der das gesamte Land gedacht, versorgt und entwickelt wird,
2. die Sicherung der Grundbedürfnisse (Gesundheit, Bildung, Verkehr, Kultur, digitale Infrastruktur, gesellschaftliches Miteinander, Freizeit und Sport, Einzelhandel und regionale Nahrungskreisläufe), gleich welche Region,
3. für alle Altersklassen eine persönliche Fortentwicklung ermöglichen und Tätigkeitsfelder

finden, eben die Möglichkeit, ein Wir-Gefühl zu entwickeln und zu leben, unabhängig vom Wohnort,

4. die gesellschaftliche Teilhabe und die Bürgerbeteiligung am Entwicklungsprozess,
5. das Augenmerk auf regionale Besonderheiten legen, statt zentralen Vorgaben, Entscheidungen am Reißbrett und rein nach statistischen Werten.

Speckgürtler gegen Landpommeranze – so geht es gar nicht!

Was aus Landesperspektive nicht passieren darf, ist das Ausspielen von ländlichem Raum gegen Speckgürtel und gegen Stadt. Konstruktiv für die Bürger unseres Landes kann nur denken, wer alles im Blick behält. So darf etwa sozialer Wohnungsbau nicht nur im Speckgürtel, der eh schon keinen Platz mehr hat, eine Rolle spielen. Anreize und Bedingungen für soziales Wohnen sind im gesamten Land zu schaffen.

Gelingt das, explodiert der Speckgürtel nicht und von der Natur bleibt noch etwas übrig. Das ist die wahre Attraktivität für die vielen zugezogenen Familien. Sie wollen ihre Kinder in der „Natur“ aufwachsen sehen.

Sie möchten nämlich gern im naturnahen Raum leben – am besten um Berlin herum. Das ist dann der Speckgürtel. Wer es sich leisten kann, zieht in den Speckgürtel, weil er die schlechte Luft, die Bevölkerungsdichte, die Konzentration von Armut in der Hauptstadt für sich ausklammern will. Die Gefahr ist dabei aber in Wahrheit langfristig die „Abschaffung von Natur“, die Zersiedelung großen Lebensraums.

Daher: Die Grundbedürfnisse und angemessenen Lebensbedingungen müssen schon und insbesondere „in der Provinz“ ausgebaut werden. Die Attraktivität zum Leben im ländlichen Raum sollte durch gute, durchgängige und verlässliche Nahverkehrsverbindungen und nachhaltige Bildungsangebote gesteigert werden.

Das trägt zu einer Entlastung des Speckgürtels um Berlin herum bei. Das bringt die Chance, dass sich Wirtschaft und Kultur nicht

nur im Speckgürtel treffen. Das wirkt einem Verdrängen sozial abgehängter Bürger in Hauptstadt ferne Regionen entgegen.

Natur und Mensch: sozial-ökologisches Wohnen

Auch umwelt- und sozialpolitisch ist der gegenwärtige Run auf den Speckgürtel bedenklich. Die Zerstörung von ländlicher Struktur durch massenhaften Hausbau durchkreuzt zumindest einen Bewegunggrund, aus der Stadt wegzuziehen. Zersiedelung ländlichen Raums führt nämlich zu allem anderen als einem naturnahen Leben. Soziale Bindungen unter den Bewohnern fördern das Zersiedeln einer Region auch nicht.

Viel spricht indes dafür, Wohnen im ländlichen Raum auf ein zentrales „Dorfzentrum“ auszurichten. Das gilt dann auch für den Wohnungsbau. Bestehende Dörfer sind in ihrer Struktur zu stabilisieren und endlich in ihrer bestehenden Struktur auszubauen. Neue Ansiedlungen sind als „Dörfer im ländlichen Raum“ zu konzipieren.

Hier wie dort wird sowohl aus Sicht des Planers sowie eines kommunalen Investors, als auch aus Sicht der zukünftigen Nutzer ein förderungswürdiger sozialer Wohnungsbau gefragt sein. So lässt sich die erforderliche Infrastruktur (wie Lebensmittelversorgung, Nahverkehr, Ärzte, Apotheken, zentraler Kommunikationsort) einbinden. So lassen sich auch die erforderliche Infrastruktur, dazu später mehr, und wirkliche Naturnähe in Einklang bringen.



Egal ob es passt oder nicht. In jedem Zwischenraum entstehen Wohnhäuser. Die Natur muss weichen. Nicht nur Erkner, sondern der Speckgürtel boomt. Foto: privat

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)

Mit dem LEP HR erfüllt die gemeinsame Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg den Planungs- und Koordinierungsauftrag des Bundes- und des Landesrechts. Er trifft Festlegungen zu Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Hauptstadtregion, insb. zu Raumnutzungen und -funktionen. Er ist als Rechtsverordnung der Landesregierungen mit Wirkung für das jeweilige Landesgebiet erlassen.

Speckgürtel für alle! (Teil 2)

Eine soziale Wohnungspolitik ist möglich

Das Berliner Umland stöhnt unter dem Zuzugsdruck. „Wachstumsschmerzen“ nennen das die RBB-Nachrichten. Schmerzhaft ist das Wachstum besonders für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Sie können sich keine Mietwohnung und erst recht kein Eigenheim in unserer Region mehr leisten. Die soziale Verdrängung ist längst bei uns angekommen und kein fernes Phänomen der Berliner Innenstadtbezirke mehr (siehe Teil 1 in der letzten Ausgabe des *Widerspruch*). Dagegen braucht es bundespolitische Maßnahmen: Ein Verbot der Spekulation mit Boden- und Mietpreisen, eine Mietobergrenze und eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ohne Verfallsdatum. Konkrete Handlungsmacht liegt aber auch in den Bundesländern und in den Kommunen. Gemeinsam müssen sie vor Ort eine soziale Wohnungspolitik gestalten.

Das Fundament: Soziale Bodenpolitik

- Jedes Wohnhaus braucht eine Fläche, auf der es stehen kann. Und Flächen sind rar. Umso nötiger ist eine aktive Bodenpolitik. Diese sollte in einem kommunalen Baulandmodell fixiert werden, in dem sich die verschiedenen Wege der Flächenaktivierung wiederfinden:
1. Ein Verkaufsstopp für kommunale Grundstücke. Wertvolle Flächen müssen der öffentlichen Hand dauerhaft erhalten bleiben! Eine Nutzung durch Dritte darf nur durch (kündbare) Erbpachtverträge ermöglicht werden. Ein Weg, den Erkner gehen könnte, wenn es die von der GefAS genutzte DB-Immobilie erwerben sollte.
 2. Die soziale Gestaltung von Neubaugebieten. Wenn etwa am Neuenhagener Gruscheweg eine neue Wohnsiedlung geplant wird, kann die Gemeinde über die Bebauungsplanung und städtebauliche Verträge mindestens 30 Prozent der Wohneinheiten zu preiswerten Mieten sicherstellen. Bestenfalls mit Belegungsrecht der Gemeinde.
 3. Ein weitsichtiger Ankauf von Grundstücken sichert Flächen für künftige Bedarfe und senkt

die Baukosten. Das Baugesetzbuch stellt Instrumente zum Flächenenerwerb auch bei schwierigen Eigentumsverhältnissen zur Verfügung, die Kommunen selbstbewusst nutzen sollten (Vorkaufrecht, Umlegungsverfahren, städtebauliche Entwicklungsmaßnahme). Das Land ist gefragt, Förderprogramme auf den Bodenerwerb auszuweiten.

Drei Säulen des sozialen Wohnungsbaus

Die Säulen sozialer Wohnungspolitik müssen nicht profitorientierte Bauträger sein: Kommunale Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und gemeinnützige Wohnprojekte. Sie nehmen unterschiedliche Prioritäten und Aufgaben im sozialen Wohnungsbau war – etwa hinsichtlich der Projektgröße oder der Zielgruppen (siehe Grafik unten). In Schöneiche könnte eine zielgerichtete Kooperation zwischen der Gemeinde, einer Wohnungsbaugenossenschaft und Projekten des Mietshäusersyndikats den Bestand preiswerter Mietwohnungen deutlich erhöhen. Die Landespolitik sollte mit Beratungsangeboten und Förderbedingungen gezielt Anreize für derartige Zusammenarbeit schaffen. Überlegenswert ist zudem, den Kommunen beim sozialen Wohnungsbau mit einer landeseigenen Woh-

nungsgesellschaft unter die Arme zu greifen.

Spekulationsauswüchse beschränken

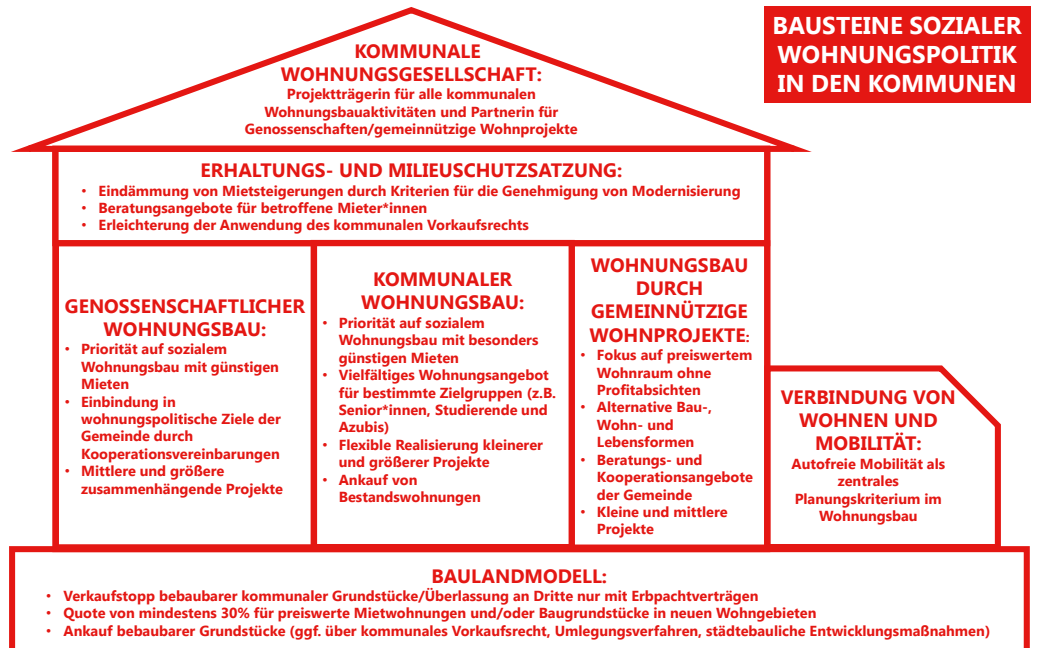
Land und Kommunen können die Auswüchse der Mietspekulation wenigstens ein bisschen beschränken. Im Geltungsbereich von kommunalen Erhaltungs- bzw. Milieuschutzsätzen werden bauliche Veränderungen am Wohnungsbestand (z.B. Modernisierung) genehmigungspflichtig. Unter bestimmten Bedingungen können die Gemeinden Maßnahmen, die zu Mietsteigerungen führen würden, untersagen oder mit Auflagen versehen. Dieses Schwert sollte das Land mit einer Umwandlungsverordnung schärfen. Dies weitet die Genehmigungspflicht auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Eigenbedarfwohnraum aus. In Milieuschutzgebieten ist es für Kommunen einfacher, ihr kommunales Vorkaufrecht wahrzunehmen. Gefragt ist die Landespolitik darüber hinaus bei der Einschränkung von Zweckentfremdungen, wie der (dauerhaften) Nutzung von Wohnungen als Ferienappartements oder Gewerberäume.

Das Dach: Die kommunale Wohnungsgesellschaft

Überbau sozialer Wohnungspolitik sind kommunale Wohnungs-



von **Fritz R. Viertel**, war 2017 bis 2018 Vorsitzender des Wohnungsausschusses der Schöneicher Gemeindevertretung und bewirbt sich um die Direktkandidatur im Landtagswahlkreis 31 (Hoppegarten, Neuenhagen, Woltersdorf, Erkner, Schöneiche)
Foto: Andreas Winter



Grafik: Fritz R. Viertel

gesellschaften. Sie sind Trägerinnen aller Wohnungsbauaktivitäten der Gemeinden sowie Partnerinnen für Genossenschaften und Wohnprojekte. Vorzugsweise sind sie als öffentliche Unternehmen (z.B. Eigenbetriebe), nötigenfalls auch als GmbH organisiert. Sie sind demokratisch von Gemeindevertretungen, Mieter*innen und Bevölkerung zu kontrollieren. Es besteht die Möglichkeit, ihnen weitere Auf-

gaben zu übertragen. So gehört in Woltersdorf der Bauhof zur Gemeindeförderungsgesellschaft und in Neuenhagen agiert die KENeu GmbH als Wohnungs- und kommunale Entwicklungsgesellschaft.

Eine andere Wohnungspolitik ist möglich!

Soziale Wohnungspolitik ist eine komplexe Angelegenheit. Doch für DIE LINKE in unserer Region ist

sie eine Gretchenfrage. Denn ohne soziale Wohnungspolitik ist spätestens dann alle Sozialpolitik nichts, wenn nur noch Besserverdienende und Reiche in Hoppegarten, Woltersdorf oder Schöneiche leben. Die Wohnungsfrage ist dabei eng mit anderen sozialen Problemen – wie Kinderarmut oder Mobilität – verknüpft. Deshalb: Vorwärts, und nicht vergessen ... Eine andere Wohnungspolitik ist möglich!

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ **Schöneiche**

von
Fritz R. Viertel,
Vorsitzender
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin

Wer Visionen hat, sollte in die Gemeindevertretung

Schöneicher LINKE entwickelt Kommunalwahlprogramm 2019 in offenem Diskussionsprozess

Noch zur Kommunalwahl 2014 lief die Erarbeitung unseres Wahlprogramms für die Schöneicher Gemeindevertretung so: Eine kleine Redaktionsgruppe schrieb einen ausformulierten Text. Dieser wurde in den Parteigremien diskutiert und beschlossen. Heraus kam ein gutes Programm. Doch unseren Ansprüchen an eine im Ort verankerte Partei und offene, basisdemokratische Entscheidungsprozesse genügte ein solches Verfahren nicht mehr.

Deshalb haben wir entschieden, es diesmal grundsätzlich anders zu machen. Für die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 26.

Mai 2019 nehmen wir uns deshalb schon in diesem Jahr viel Zeit. Auftakt war eine Klausurberatung von Ortsvorstand und Gemeindefraktion im Januar 2018. Dort wurde beschlossen, das Wahlprogramm 2019 in einem breiten, offenen Diskussionsprozess zu erarbeiten. Nicht ein vorformulierter Text, sondern ein sprichwörtlich weißes Blatt Papier sollten am Anfang stehen.

In vier thematischen Zukunftswerkstätten sollten Ideen, Forderungen und Visionen gesammelt und diskutiert werden (siehe Grafik). Die Leitfrage: Wie kann Schöneiche für alle gestaltet werden? Die Werkstätten stehen allen Interessierten offen. Das Ziel ist es, Parteimitglieder, Sympathisierende, Expertise aus der Ortsgesellschaft und interessierte Einwohner*innen zusammenzubringen. Natürlich auch bisherige Gemeindevertreterinnen und potenzielle Kandidaten. Zu jedem Termin werden die „zuständigen“ Ehrenamtlichen (etwa

Sportvereine, Beiräte, Naturschutzaktiv, Unternehmen, Elternvertretungen, Kunstschaffende, Denkmalschützer*innen usw.) persönlich eingeladen. Wer einen Termin nicht wahrnehmen kann, hat die Möglichkeit, Hinweise per E-Mail oder mit Hilfe eines Postkartenflyers einzusenden.

Die ersten beiden Zukunftswerkstätten waren sehr erfolgreich. Jeweils mehr als ein Dutzend Teilnehmende bildeten genau den gewünschten Mix an Perspektiven ab. Das garantierte zweimal drei Stunden intensive Diskussion. Am Ende stand eine umfangreiche Sammlung an „bewährten“ sowie ganz neuen Inhalten und Ideen. Auch schriftliche Vorschläge haben uns erreicht.

Bis zum Jahresende werden die Ergebnisse in Textform gegossen, dann nochmals diskutiert und zum Jahresbeginn 2019 als Kommunalwahlprogramm von einer Mitgliederversammlung beschlossen. Bis dahin sind alle interessierten Schöneicher*innen eingeladen, sich am Diskussionsprozess zu beteiligen!

Gold wert war die professionelle Begleitung durch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geschulte Moderator*innen, die der Kreisvorstand durch finanzielle Unterstützung ermöglicht.

Schöneiche für alle?!

Zukunftswerkstätten zum linken Kommunalwahlprogramm 2019

- #1 Soziales, Bildung, Kultur und Sport 26.05.2018*
- #2 Umwelt, Wirtschaft, Energie und Verwaltung 21.07.2018**
- #3 Wohnen und Ortsentwicklung 29.09.2018**
- #4 Mobilität und Verkehr 21.11.2018**

* 10-13 Uhr in der „KultOorkate“ (Dortau 5, Eingang vom Parkplatz)
** 10-13 Uhr im Feuerwehrhaus (Brandenburgische Str. 86, Eingang vom Parkplatz)

Aus den kommunalen Fraktionen der LINKEN

■ Fürstenwalde

„Redet miteinander. Offen, ehrlich und löst das Problem!“

DIE LINKE in Fürstenwalde beim Fußball-Regionalligisten FSV UNION



„Redet endlich miteinander!“ – mein Appell richtet sich klar an beide Seiten: die Stadt Fürstenwalde und den Fußballsportverein (FSV) Union Fürstenwalde e.V. Fürstenwalde braucht so erfolgreiche Sportvereine wie den FSV Union als Botschafter für die Stadt

genauso wie als engagierten Sportverein, der Heimat, Lebensschule und Freizeitort für viele Kinder und Jugendliche in unserer Stadt ist. Und der FSV Union braucht die Stadt, weil die Fortsetzung der guten Entwicklung eben nicht allein auf Ehrenamt und nicht immer planbaren Sponsorengeldern allein fußen kann.

DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung war am 20. August vor Ort in der Bonava-Arena, der Heimstatt des FSV Union, die gleichzeitig auch als Leistungszentrum der Deutschen Fußballliga (DFL) anerkannt ist.

Uns als Linksfraktion interessiert natürlich, wo der Verein zur Zeit steht, welche Probleme aber auch Potentiale es gibt. Und natürlich auch, wie wir als Kommune den Verein auf seinem Weg unterstützen können. Genauso wie der Verein die Stadt in Fragen der Schaffung von Angeboten für Kinder- und Jugendliche im Breitensport oder aber bei der Integration junger Geflüchteter unterstützen kann. Und wir wollten den Baufortschritt für die Tribüne und die Flutlichtanlage ansehen.

Dass es dort nicht viel zu sehen gab, zeichnet sich seit einiger Zeit ab.

„Der Baubeginn war für den 23. Juli geplant. Wir wollten die Sommerpause nutzen, um die Investition in Tribüne und Flutlichtanlage vorzunehmen“, so Sven

Baethge, sportlicher Leiter des FSV Union.

Die Stadtverordnetenversammlung hat die notwendigen Gelder in Höhe von 300 000 Euro als rückzahlbaren Zuschuss mit Beschluss vom 22. April freigegeben. Auf Grundlage dieser Entscheidung der Abgeordneten müsste die Stadtverwaltung den Bewilligungsbescheid erstellen und dem Verein die Mittelabforderung ermöglichen.

Doch genau hier begann es zu klemmen. Trotz mehrfachen Nachfragen von Stadtverordneten verzögerte sich die Bescheiderstellung und in diesem Zuge kamen zumindest bisher nicht übliche Forderungen an den Fördermittelempfänger hinzu. „Wir sollen nachweisen, dass der Verein in den nächsten Jahren nicht in Insolvenz geht und jetzt schon die Eigenleistung des Vereines in Höhe von 36 000 Euro konkret in Arbeitsstunden und Arbeitsleistung der Mitglieder des Vereins ausweisen“, stellte Sven Baethge fest.

Das ist einfach weltfremd. Was mich enttäuscht, ist zweierlei. Einerseits gefährden wir unnötig die sportliche Entwicklung des Vereins, denn es handelt sich ja um Auflagen der Deutschen Fußballliga für den Spielbetrieb des FSV Union in der Regionalliga und evtl. darüber hinaus. Und zweitens – und das ist für mich fast noch schlimmer – erstickten wir mit immer höheren bürokratischen Hürden jedes noch so kleine ehrenamtliche Engagement der Fürstenwalderinnen und Fürstenwalder. Das gilt im Sportverein, aber auch bei der Feuerwehr, im Ortsbeirat, im Kulturverein oder dem Förderverein von Kita und Schule. Das ist eine verheerende Entwicklung. Die Stadt als professionelle Akteurin muss doch Unterstützerin und Ermöglicherin von ehrenamtlichen Engagement

sein und nicht zur Verhindererin mutieren.

Das Problem muss gelöst werden, darin sind sich die Akteure einig. Die LINKE hat angeboten, hier auch den Gesprächsprozess zu moderieren. Vielleicht ist es eine Überlegung wert, wenn der FSV Union sich neben dem Präsidium auch einen gesellschaftlichen Beirat als Gremium gibt, in dem Vertreter von Stadt, Politik und Wirtschaft gemeinsam von Beginn an die Entwicklung begleiten und unterstützen. Es braucht ein Mehr an Miteinander, vielleicht ist so ein Beirat der erste Schritt dahin. Oft mangelt es einfach nur an Gelegenheit und Raum zum Austausch.

Auch wenn es bei den Baumaßnahmen noch nicht rund läuft, sportlich ist es dem Verein mit dem jüngsten Kader in der Regionalliga deutschlandweit zu wünschen. Vierzehn Nachwuchsmannschaften starten zur Zeit ins Training und in die Saison. Damit ist klar: Der Verein hat Perspektive und Fürstenwalde kann davon nur profitieren.

Eins ist doch klar: Jede Investition der Stadt in die Infrastruktur in der Bonava-Arena ist eine Investition der Stadt in ihr Eigentum. Das ist sinnvoll und kommt gleichzeitig dem Profi- und dem Kinder- und Jugendsport zu Gute. Dazu gehört auch der notwendige zweite Kunstrasenplatz. Bei der Errichtung desselben werben wir sehr dafür, auch das Fürstenwalder Unternehmen GeoClimaDesign AG zu beteiligen, das mit seiner neuen Rasenheizung helfen kann, die ganzjährige Bespielbarkeit des Platzes bei deutlich geringeren Betriebskosten als heute zu gewährleisten. Dies wiederum hilft, die hohe Auslastung der Turnhallen der Stadt in den Wintermonaten zu entspannen. Vielleicht spart das sogar die Errichtung einer neuen Turnhalle.



von
Stephan Wende,
 Vorsitzender
 DIE LINKE Fürstenwalde und der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde

DOKUMENTIERT

Sofortprogramm Klima der Partei DIE LINKE vom 13. August 2018

Was nötig ist, um das Klima zu retten

Fünf konkrete Schritte und eine grundlegende Wende

Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie hat gerade seine die Forderungen nach einschneidenden Maßnahmen erneuert, währenddessen boykottiert die Bundesregierung die Klimaziele für 2020.

Wir wollen alle umweltschädlichen Subventionen beenden. Kohlekraft ist ein Klima-Killer, Deutschland braucht dringend ein CO₂-neutrales Verkehrssystem. Mit Umweltverbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fordert DIE LINKE einen grundlegenden Wandel in der Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik. Das ist dringend notwendig, es ist bezahlbar und es würde das Leben für Millionen Menschen verbessern.

1. Ticketfreier Öffentlicher Nahverkehr

Ein flächendeckender ticketfreier ÖPNV in ganz Deutschland bis 2022. (Siehe auch: <https://www.die-linke.de/themen/oepnv/>)

- Wir beginnen mit einer Modellprojektphase in den 15 Städten, die am stärksten durch CO₂ und Feinstaub belastet sind.
- Freie Fahrt für Kinder und Jugendliche in Bus und Bahn. Ab sofort fahren Kinder und Jugendliche in öffentlichen Verkehrsmitteln umsonst.
- Parallel zur schrittweisen Einführung des ticketfreien öffentlichen Nahverkehrs müssen die Kapazitäten bei Bus, U- und S-Bahnen erheblich ausgebaut werden. Die Produktion der Verkehrsmittel und der Ausbau der Strecken müssen vorangetrieben werden.
- Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung mindestens im Stundentakt, auch durch Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis.

2. Ausbau des Bahnverkehrs

Wir wollen die Bahn stärken. Bei privaten Fahrten und für den Gütertransport. Die Bahn ist das ökologisch verträglichste Langstrecken-Verkehrsmittel. Sie muss öffentlich betrieben und am Bedarf ausgerichtet werden. Sie muss attraktiver und preiswerter gemacht werden.

- Wir wollen die **Ticketpreise senken und eine Sozial-BahnCard** einführen. Es ist ein Unding, dass die Bahn aufgrund der Subventionen für Flugbenzin für Viele unerschwinglich ist, die ökologisch schädlichen Flugverbindungen besonders in den Kurzstrecken aber staatlich zu finanziert werden. Dieser Trend muss umgekehrt werden! Gerade innerdeutsche und zentral-europäische Flüge können weitgehend durch gute, schnelle Bahnverbindungen ersetzt werden. Das

europäische Nachtzug-Netz muss wieder ausgebaut werden.

- Die **Strecken** müssen **ausgebaut** statt abgebaut werden. Die Pflege der Strecken muss wieder intensiviert werden. Dass nach jedem Sturm der Zugverkehr lahm liegt, hat auch damit zu tun, dass die Gelder für die Pflege des Baumbestandes an den Strecken entlang gekürzt wurden.
 - Der **Güterverkehr** muss wieder auf die **Schiene**. Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn. Kein Stellenabbau bei DB-Cargo! Daher setzen wir uns für ein bundesweites Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher nur von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken ein. Die weitaus beste und sinnvollste Form von Elektromobilität ist und bleibt der Schienenverkehr.
- 3. Schluss mit den Subventionen des Flugverkehrs.**
- Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und „Biokraftstoff“ wollen wir abschaffen. Dabei geht es um eine Summe von über 15 Milliarden Euro jährlich. Internationale Flugtickets sollen nicht von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention (4,7 Milliarden Euro) streichen und stattdessen den **Mehrwertsteuersatz für Bahntickets halbieren**.
 - Die sozialen Kosten des Dumpingwettbewerbs im Luftverkehr zeigen sich gerade beim Ryan-Air-Streik. Wir unterstützen die Beschäftigten in ihren Forderungen nach Tarifverträgen, besserer Bezahlung und guten Standards. Der Wettbewerb nach unten muss unterbunden werden. Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaft für allgemeinverbindlich erklärt werden, so dass alle Piloten, Flugbegleiter und das Bodenpersonal unter dieselben Tarifverträge fallen.
 - Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir den Ausbau weiterer Flugkapazitäten sofort beenden.
- 4. Rekommunalisierung der Energieerzeugung**
- Die Bundesregierung sitzt die längst überfällige Energiewende aus.
- **Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt werden.**



DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energie-Eigenversorgung genutzten Netze erhalten.

- Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. DIE LINKE will Energiearmut verhindern. Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen. Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Wir wollen ein **kostenfreies Grundkontingent an Energie** für jeden Haushalt und **höhere Preise für Vielverbraucher**. Das ist sozial gerecht, denn die Menschen in ärmeren Haushalten hinterlassen auch einen viel geringeren ökologischen Fußabdruck. Je reiner die Haushalte, desto schädlicher für die Umwelt.

5. Sofortprogramm Kohleausstieg bis 2035

DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm mit schnellem Kohleausstieg und **einem Fond zur Absicherung der Beschäftigten**. Wir wollen einen zügigen und sozial abgedeckten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Kohleausstieg muss sofort beginnen – kein Neubau von Kohlekraftwerken und keine Neerschließung von Kohleabbau – **allerspätestens 2035 muss der letzte Kohle-meiler vom Netz**. Die Geschwindigkeit – oder besser die Langsamkeit –, mit der die Bundesregierung hier vorgeht, lässt erwarten, dass diese Daten nicht eingehalten werden. Wir fordern ein ausnahmsloses **Verbot von Fracking**.

Weitere Infos: <http://www.oekologische-plattform.de/2018/08/extremsommer-2018/>

Zeichnung: Gerhard Mester, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=67425162>



Klaus Steinitz denkt über einen zukunftsfähigen Sozialismus im 21. Jahrhundert nach

Bemerkenswert und inspirierend

Von Bernd Ihme

Die vielfältigen Krisenprozesse gegenwärtig erzeugen bei breiten Bevölkerungsschichten Unzufriedenheit. Viele Menschen sind der Meinung, dass der Kapitalismus die Probleme und Konflikte nicht lösen kann, aber zugleich sehen sie keinen Ausweg, keine Alternative. Könnte die Ausarbeitung einer realistischen Alternative für einen zukunftsfähigen Sozialismus dazu beitragen, die vorhandene Lücke zu schließen?

Klaus Steinitz bejaht dies, begründet Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise, die eine Alternative zum Kapitalismus darstellen könnte. Seine Vorstellungen von einem zukunftsfähigen Sozialismus leitet er nicht aus abstrakten Modellen bzw. ewig geltenden Wahrheiten ab. Er geht vielmehr davon aus, dass es sich beim Kapitalismus um ein dynamisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem handelt, das nicht schlechthin von heute auf morgen an seinen inneren Widersprüchen zugrunde geht. Der Weg zu einer menschlicheren, demokratischen, sozialen und solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird sich nur als eine langwierige Entwicklung über eine Vielzahl von kleineren und größeren Schritten eines transformatorischen Prozesses vollziehen. Im Buch werden Vorstellungen und Konzepte entwickelt, die nicht der Weisheit letzter Schluss sein wollen, sondern die entsprechend gesellschaftlicher Veränderungen und neuer Erkenntnisse ständig überprüft und weiterentwickelt werden müssen.

Die vom Autor vorgenommene Charakterisierung eines zukunftsfähigen Sozialismus bezieht auch eine differenzierte Charakterisierung des untergegangenen Staatssozialismus ein. Gleich nach der Wende schien niemand mehr etwas vom Sozialismus hören zu wollen. Und auch heute bemühen sich Politiker und Medien tagtäglich darum, Sozialismus vor allem auf Diktatur, Spitzelsystem, zentrale Planung, Bürokratie, Misswirtschaft und Umweltzerstörung

zu reduzieren. Einer solchen undialektischen und bornierten Sichtweise stellt der Autor seine Auffassung entgegen, dass es bei allen Mängeln und Unzulänglichkeiten auch Erfahrungen und Einsichten aus dem gescheiterten Staatssozialismus gibt, die in Konzepten eines modernen Sozialismus-Verständnisses Berücksichtigung finden sollten.

Steinitz benennt Ergebnisse und oft auch widersprüchliche Erfahrungen auf einer Vielzahl von Gebieten, von der Herstellung sozialer Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, eines effektiven Bildungs- und Ausbildungssystems über komplexe Planungsprozesse und eine effektive genossenschaftliche Landwirtschaft bis hin zu Fortschritten in der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Natürlich lässt sich einst Bewährtes nicht einfach auf die heutige Zeit übertragen, sondern muss den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen.

Zur Charakterisierung der Herausforderungen an einen zukunftsfähigen Sozialismus widmet sich Steinitz Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte, der Vergesellschaftung von Eigentumsverhältnissen, der Herausbildung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Produktions- und Betriebsweise, notwendiger Demokratisierung, eines qualitativ neuen Systems der Regulierung der Wirtschaft bis hin zu gleichberechtigten und solidarischen internationalen Beziehungen. Alles in allem bemerkenswerte und inspirierende Ausführungen.

Forderungen nach grundlegender Umverteilung des Reichtums und Beschränkung der Macht des großen Kapitals treffen heutzutage den Nerv vieler Menschen. Insbesondere bei einem Teil der Jugend scheint Sozialismus wieder „in“ zu sein. Die vorliegende Schrift vermittelt wertvolle Anregungen und Argumente, um sich intensiver mit Vorstellungen über einen modernen, zukunftsfähigen Sozialismus zu beschäftigen und für seine Realisierung zu streiten. Viele Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen führen erst in Verbindung mit der Gesamtsicht einer sozialistischen Alternative und Vorstellungen von ihrer schrittweisen und langfristigen Verwirklichung zu offenem politischen Handeln. Klaus Steinitz vermittelt für die weitere inhaltliche Ausarbeitung einer solchen sozialistischen Alternative wertvolle Anregungen.

Quelle:
DISPUT,
September 2018,
Seite 39

Der DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE und wird vom Parteivorstand herausgegeben. Er erscheint in der Regel jeden dritten Freitag im Monat.

Klaus Steinitz:

Zukunftsfähiger Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Herausforderungen an eine sozial-ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Produktionsweise.



VSA,
95 S., br.,
9,80 €,
ISBN 978-3-
89965-837-8

Bestellung
• im Internet unter:
„www.die-linke.de/
disput“,
• per Post an:
Redaktion DISPUT,
Kleine Alexander-
straße 28,
10178 Berlin,
• per Telefon unter:
(0 30) 24 00 95 10
oder
• per E-Mail an:
disput@die-linke.de

Halbjahresabo 12 €,
Jahresabo 21,60 €

Die Lage bleibt prekär

„Die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse bleibt stabil, Unsicherheit am Arbeitsmarkt wird zementiert. Die oft gepriesene ‚gute Entwicklung‘ entpuppt sich in der Realität für viele Menschen als schlecht bezahlter, befristeter und unsicherer Alptraum“, kommentiert Susanne Fersch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, die am 27. September vom Statistischen Bundes-

amt vorgestellten Zahlen des Mikrozensus. Fersch weiter:

„Jeder fünfte Erwerbstätige ist dauerhaft von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Permanente ökonomische Unsicherheit und Konkurrenzdruck sind ein gesellschaftlicher Spaltpilz und verhindern solidarisches Handeln – in Betrieb und Gesellschaft. Ein ‚Weiter so!‘ darf es nicht geben. Es ist höchste Zeit

für eine Kehrtwende am Arbeitsmarkt, die gute Löhne und unbefristete, sozial abgesicherte Arbeit für Alle gewährleistet.

DIE LINKE fordert ‚Gute Arbeit‘ für alle. Wir streiten für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro – denn unterhalb dieser Grenze droht Armut im Alter. Wir fordern außerdem die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und Leiharbeit.“



Vor 60 Jahren – Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald

von
Gerhard Hoffmann,
Frankfurt (Oder),
Mitglied der Lager-
arbeitsgemeinschaft
Buchenwald-Dora
e.V.

Das hier abgebildete Abzeichen sah ich im April diesen Jahres anlässlich der Befreiungsfeierlichkeiten in Buchenwald bei einigen Überlebenden. Sie trugen es bewusst und durchaus mit Stolz.

Vielleicht ist bei ihnen der denkwürdige 14. September 1958 in lebendiger Erinnerung.

Der zweite Sonntag im September war in der Deutschen Demokratischen Republik der Gedenktag für die Opfer des Faschismus. An

diesem Tag im Jahre 1958 wurde auf dem Ettersberg bei Weimar die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (NMG) eingeweiht. Es war die erste auf dem Territorium der DDR.

Der Einweihung der NMG war ein komplizierter Prozess vorausgegangen, in dem einerseits diverse Schwierigkeiten überwunden werden mussten, andererseits hatte sich eine breite Volksinitiative zur Unterstützung des Vorhabens entwi-

ckelt. So ließen sich beispielsweise Ende 1956 über 75.000 freiwillig geleistete unbezahlte Aufbaustunden abrechnen. 1957 betrug der Spendenfonds über elf Millionen Mark.

Am 14. September 1958 erklang die Glocke vom Ettersberg zum ersten Mal zur Mahnung und zum Gedenken und rief die Menschen nach Buchenwald. Über 80.000 waren gekommen, darunter viele ausländische Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Am Ort grausamer Verbrechen war ein würdiger Ort entstanden, an dem der Opfer gedacht, an den illegal geführten antifaschistischen Kampf und die internationale Solidarität erinnert und gemahnt werden sollte, alles zu tun, damit Faschismus und Krieg für alle Zeiten verbannt sind.

In seiner Gedenkrede sagte der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl:

„Zum ersten Mal schwingen heute die Glockentöne vom Turm der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte weit hinaus ins Land (...) Die Stimmen der Toten und der Lebenden vereinigen sich in den Glockentönen zu dem mahnenden Ruf: Nie wieder Faschismus und Krieg ... Friede sei ihr erst' Geläute. (...) Über dieser Stunde steht das Wort: ‚Ruhm und Ehre den Helden des Widerstands und den Opfern des faschistischen Terrors! Von hier aus erheben wir unsere Stimme in alle Richtungen und zu allen Menschen in Deutschland und über die Grenzen Deutschlands hinaus, Wir rufen die Lebenden zum Handeln. Wir mahnen sie, im Kampf gegen den Faschismus nicht zu erlahmen und die Menschen für den Frieden der Welt weiter zum Erfolg zu führen. (...) Völker aller Länder, verteidigt das höchste Gut der Menschheit, den Frieden (...)“ (Zitiert nach: Buchenwald mahnt. Volksverlag, Weimar, 1961. S. 7 ff.)

Aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Jugoslawien, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Rumänien, aus der Sowjetunion, aus der Tschechoslowakischen Republik, aus Polen, Ungarn, Westdeutschland sprachen ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald Grußworte und dankten der Bevölkerung, der Re-



14. September 1958 – Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar. Foto: ADN-Zentralbild



gierung der Deutschen Demokratischen Republik für die Errichtung der Gedenkstätte.

Der ehemalige französische Internierte in Buchenwald und Präsident der Fédération Internationale des Résistants (FIR), Colonel Henri-Frédéric Manhès aus Frankreich sagte :

„(...) Ich danke dem deutschen Volk und den Staatsmännern der Deutschen Demokratischen Republik dafür, dass Buchenwald – das gestern tausendmal verfluchte Buchenwald – heute zu einem gigantischen Mahnmal geworden ist, dem ersten, das je ein Volk errichtet hat ... um das Gedenken der Opfer aller Länder zu heiligen, die im Heldentum des Kampfes und der Leiden durch einen herrlichen Geist der brüderlichen Solidarität vereint waren!

... auf dass nie die Schuld der Menschen gelöscht werde, die freiwillig zu Mördern im Dienste eines Regimes der Gewalt und der Unterdrückung wurden!

... Um vor der Welt zu erklären, dass dies nie wieder geschehen darf!

Jedem das Seine⁶ ließ die SS in das Tor des Todeslagers schmieden.

Von nun an wird die Glocke von Buchenwald jeden Tag ertönen, um daran zu erinnern „Jedem das Seine“

... Sie wird ertönen, um das Andenken der Helden des Widerstands zu verewigen

... Sie wird die Totenglocke sein für das Regime der Gewalt und für seine Verbrechen

... Sie wird ertönen für Völkerveröhnung

... für eine Zukunft des Friedens und der Freiheit“ (Zitiert nach: Ebenda. S. 24 f.)

Der Vertreter von zweitausend Männern und Frauen aus der Bun-



desrepublik Deutschland, Oskar Müller, gelobte am Ende seiner Rede:

„Wir werden nicht ruhen, bis unser deutsches Vaterland als wiedervereinigter Staat des Friedens und der Demokratie seinen geachteten Platz unter den Brudervölkern Europas gefunden hat.“ (Zitiert nach: Ebenda. S. 36.

Das feierliche Gelöbnis der 80 000 beendete die Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald.

Nach Jahrzehnten erfolgreichen Wirkens wurden mit der Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland inhaltliche Verän-

derungen am Charakter der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte vorgenommen. Sie wurde zur Gedenkstätte Buchenwald.

In einem Aufsatz „Der Auftrag der Geschichte an die Stadt Weimar“ schrieb der damalige Stellvertretende Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Rikola-Gunnar Lüttgenau: „Der Platz der Helden [Untertitel] Die DDR wusste sich zu helfen. Anstatt sich den Herausforderungen des Ortes zu stellen, riss sie ihn zunächst einmal ab. Es wurde Platz geschaffen für die Möblierung eines Polit-spektakels, in dem Heldentum gepredigt und Anpassung gemeint war ...“ (Zitiert nach: Rikola-Gunnar Lüttgenau: Der Auftrag der Geschichte an die Stadt Weimar. S. 164. In: Stefan Wolf, Herausgeber: Kaleidoskop Weimar. Die vielfältige Entwicklung einer Stadt. Weimar, 2017.)

Solcherart erbärmlich arrogante Anmaßung ist notwendiges Mittel, mit moralischer Überheblichkeit den Zeitgeist zu bedienen, um den organisierten politischen Widerstand im KZ Buchenwald, den Antifaschismus und folgerichtig die Deutsche Demokratische Republik zu delegitimieren.

Der Grundgedanke des Schwurs von Buchenwald

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

war sinnstiftend für die Errichtung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte. Er bleibt für die Nachgeborenen verbindlich und so sind wir verpflichtet, auch künftig zu mahnen und zu gedenken.

DOKUMENTIERT

Minijobben im Ruhestand – auch in Brandenburg bittere Realität

Zu den aktuellen Presseberichten, dass mehr als eine Million Rentnerinnen und Rentner bundesweit zunehmend auf Zusatzverdienst durch Minijobs angewiesen sind, erklärt Martin Günther, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Brandenburg:

„Minijobben im Ruhestand ist für mehr als 20 000 Rentnerinnen und Rentner auch in Brandenburg Realität. Statt ihren Ruhestand zu genießen, müssen viele im Mini-

job weiterarbeiten. Die Entwicklung ist erschreckend. Allein von 2016 auf 2017 stieg die Anzahl der Betroffenen um 9 Prozent in Brandenburg. Wir müssen leider davon ausgehen, dass diese Entwicklung weitergeht. Allein der ausgedehnte Niedriglohnsektor in Brandenburg spricht deutlich dafür. Wer nicht genug in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen kann, weil er zu wenig verdient, bekommt am Ende

zu wenig raus. Der Effekt wird verstärkt, da das gesetzliche Rentenniveau immer weiter gedrückt wurde. Das Rentenniveau muss wieder auf mindestens 53 Prozent angehoben werden. Kürzungsfaktoren und die Rente ab 67 müssen hingegen abgeschafft werden. In diesem Sinne sollte auch die Landesregierung weiterhin Druck auf den Bund ausüben. Doch auch auf Landesebene müssen wir handeln. Beispielsweise muss drin-

gend der Vergabe-Mindestlohn im Land auf zunächst mindestens 10 Euro erhöht und möglichst in seinem Wirkungsbereich ausgedehnt werden. Unsere mittelfristige Zielmarke sind deutlich über 12 Euro.“

Quelle:
www.dielinke-brandenburg.de

Veranstaltungstermine der LINKEN

- 1. 9., 10 Uhr, Storkow, Freifläche vor der Burg, **Friedensmeeting** der Basisorganisation DIE LINKE Storkow und Initiativgruppen
- 3. 9., 18.30 Uhr, Storkow, Bistro am Gänsewerder, **Sommergrillen** der Basisorganisation DIE LINKE Storkow
- 6. 9., 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Kreisgeschäftsstelle)
Kreisvorstandssitzung
- 1. 10., 18.30 Uhr, Storkow, Friedensdorf **Mitgliederversammlung DIE LINKE Storkow** (öffentlich)
- 1. 10., 16 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Kreisgeschäftsstelle)
Vorstandssitzung DIE LINKE Fürstenwalde
- 2. 10., 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Kreisgeschäftsstelle)
Kreisvorstandssitzung

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag



Liebe Genossinnen und Genossen, an dieser Stelle findet ihr seit Jahren eine Auswahl von Geburtstagen unserer Mitglieder. Ab sofort muss auch DIE LINKE beachten:

Geburtstage gehören zu den personenbezogenen Daten. Diese dürfen mit Umsetzung der neuen EU-Datenschutzgrundverordnungen nicht ohne Erlaubnis der betreffenden Person veröffentlicht werden. Trotzdem, unsere Grüße, unser Blumenstrauß sind Euch gewiss.

Der Kreisvorstand

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Zukunftsdialog

2. Regionalkonferenz in Beeskow

Im April haben wir bei der Auftaktkonferenz unseres Zukunftsdialogs in Eberswalde über zahlreiche Themen, die euch beschäftigen, gesprochen und viele Anregungen, Ideen und Gedanken gesammelt. In Workshops zu neun Themenachsen habt ihr euch darüber ausgetauscht, welche Problemlagen uns in Brandenburg beschäftigen, welches Ideal ihr mit den Themen verbindet und welche Wege uns zum Ziel führen können. Im Juni sind wir in Neuruppin dann in die tiefergehende Diskussionsphase im Rahmen von Regionalkonferenzen gestartet.

Am 8. September 2018 werden wir den Zukunftsdialog mit der 2. Regionalkonferenz in Beeskow fortsetzen. Dieses Mal wollen wir uns in Workshops vertiefen mit den Themen

- **Bildungsland Brandenburg:**
Bildung nach und außerhalb der Schule
- **Stadt, Land, Fluss:** Lokale Wohnungspolitik in Verbindung mit

Landesentwicklung und -förderung zwischen den Sternachsen

- **Energieland Brandenburg:**
Versorgungsformen und Speicherverfahren
- **Mobilität:** Verkehrs-Hauptachsen in Brandenburg

beschäftigen. Wir fassen dabei noch einmal die Ergebnisse aus Eberswalde und Neuruppin zusammen und stellen dem die Forderungen aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 gegenüber. Außerdem freuen wir uns auf den Input von zivilgesellschaftlichen Akteuren – Verbänden, Wohlfahrtsorganisationen, Gewerkschaften. Gemeinsam wollen wir Projekte entwickeln, mit denen wir das Leben der Menschen in Brandenburg – Euer Leben, gerechter gestalten können.

8. September 2018
10–16 Uhr
Beeskow, Bertholdplatz 6 (Spreepark)

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 4. 9., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im September 2018

- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 3. 9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 5. 9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 20. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 20. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- UAG1: Förderung reg. Wirtschaft, Landwirtschaft, Identifikation und reg. Identität 24. 9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

19. 9., 18 Uhr, 69-100 Słubice (Polen), ul. Kościuszki 1, Collegium Polonicum
26. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Nachruf

Kämpfer für eine gerechte Gesellschaft

Am Morgen des 28. Juli schloss unser Genosse Gerhard Zimmermann im Alter von 93 Jahren für immer die Augen.

Mit einer lebenslang behindernden Verwundung aus Hitlers verbrecherischem Krieg zurückgekehrt, beschloss er, sein Leben dem Kampf für eine friedvolle, sozial gerechte Gesellschaft zu widmen.

Er studierte Pädagogik und wurde Mitglied der SED. Als Biologielehrer und Direktor einer polytechnischen Oberschule in Eisenhüttenstadt trug er dazu bei, Jugendliche in der DDR auf ein sinnvolles Leben vorzubereiten.

Solidarität mit anderen Völkern war für ihn eine verpflichtende Selbstverständlichkeit. Deshalb stellte er sich dem Auftrag des Ministeriums für Volksbildung

und ging nach Äthiopien, wo er die staatlichen Behörden bei der Gestaltung eines fortschrittlichen Bildungs- und Erziehungssystems unterstützte.

Nach seiner Rückkehr arbeitete er zunächst als 1. Stellvertreter des Stadtschulrates und danach als Leiter des Pädagogischen Kreiskabinetts.

Die Unterwerfung der DDR unter die Gesetzgebung der BRD und die Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse waren für ihn ebenso wie für viele überzeugte Sozialisten ein herber Schlag.

Aber das änderte nichts an seiner Bereitschaft, weiterhin seine ganze Kraft gegen Ungerechtigkeiten und für eine künftig wieder gerechtere Gesellschaft einzusetzen.

Das tat er als Delegierter des Kreisparteitages und als Vorsitzender einer Basisgruppe der Partei PDS bzw. DIE LINKE in Eisenhüttenstadt.

Noch in hohem Alter diskutierte er an Infotischen mit den Bürgern, trug er Zeitungen der Partei in den Dörfern und im Wohnbezirk aus.

Als ihm das nicht mehr möglich war, nahm er weiterhin am Parteilieben teil so gut es ging. Nicht nur von den Genossen unserer Gruppe wurde er dafür geehrt und geachtet.

Wir vermissen ihn sehr und werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

*Im Auftrag der Parteigruppe
Konrad Hannemann*

Ökologische Kriterien auch für die Automobilindustrie

Demnächst stehen im Europäischen Parlament Entscheidungen zur CO₂-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge an. Daher lud der NABU Deutschland Helmut Scholz in seine Geschäftsstelle nach Berlin zum Gespräch, um seine Sicht der Dinge zu vermitteln.

In der Presse der letzten Wochen war viel über die vermeintlich negativen Auswirkungen schärferer Grenzwerte auf die Beschäftigtenzahlen in der Automobilindustrie zu lesen. Der NABU hat sich mit den Berichten befasst und seine Sicht in folgenden Positionen zusammengefasst und diese auch Helmut Scholz mitgeteilt.

1. Umweltgesetzgebung ist nicht die Ursache von Arbeitsplatzverlusten. Automatisierung ist der maßgebliche Treiber.
2. Höhere CO₂-Grenzwerte führen kurz- und mittelfristig zu einer Zunahme von Arbeitsplätzen.
3. Ohne den forcierten Einstieg in die Elektromobilität werden deutsche Hersteller, vor allem aber deutsche Produktionsstandorte, wesentlich stärker von einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen betroffen sein.

Helmut Scholz wiederum machte deutlich, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit, und somit auch sauberer Technologien,

in den von der Europäischen Union verantworteten Freihandelsabkommen vermerkt seien. Allein: festgehalten nur auf freiwilliger Basis. Für ihn und DIE LINKE sei daher klar, dass ökologische Kriterien endlich auch verbindlich für die Automobilindustrie kommen müssen. Daher sei DIE LINKE ebenso für eine Erhöhung der Investitionsquote in neue Technologien, um so mit zukunftsfest machender Forschung und Technik endlich dem Klimawandel begegnen zu können. Denn eines sei abzusehen: Erstens ist das Öl und damit auch der Verbrennungsmotor endlich. Und zweitens kommt aus Fernost verstärkt Elektromobilität auf den Markt. Sollte hier die heimische Industrie nicht zeitnah vergleichbare Technologien für die breite Masse herausbringen, wird es durch Angebot und Nachfrage erst recht zu gravierenden Umbrüchen in der heimischen Automobilbranche kommen.

Mitgestalten und agieren oder nur noch reagieren und das Nachsehen haben, so kann man es wohl formulieren.

Abschließend lud Helmut Scholz den NABU nach Brüssel ein, um an einer Fraktionssitzung bzw. einer Pressekonferenz zum Thema CO₂-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge die europäische Öffentlichkeit teilzunehmen.

*Felix Thier,
Wahlkreisbüro Helmut Scholz,
Mitglied des Europäischen Parlaments,
Fraktion GUE/NGL, Delegation
DIE LINKE. im Europäischen Parlament
Telefon: (030) 22 77 18 90
E-Mail: wk@helmutscholz.eu
Internet: www.helmutscholz.eu*

Zucker-Kasten



Soll Steinhöfel vierte Gemeinde des Amtes Odervorland werden?

Entscheidung auf der Gemeindevertreterversammlung von Steinhöfel am 26. 9.

Die Autorinnen:



Bettina Lehmann,
Steinhöfel,
Mitglied der Gemeindevvertretung Steinhöfel, Fraktion Aktive Bürger



Martina Richter;
beide Mitglieder der Partei DIE LINKE

Fotos: privat

Am 22. Januar diesen Jahres trafen sich einige Mitglieder der Vertretungen von Steinhöfel und des Amtes Odervorland, um über Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu beraten. Das erscheint sinnvoll für Gemeinden, die gleiche Interessen verfolgen. So haben Steinhöfel und Odervorland seit vielen Jahren einen Einwohnerrückgang zu verzeichnen, der sich negativ auf die Einnahmesituationen auswirkt. Beide ländlichen Gebiete haben auch mit dem Fachkräftemangel bei der Besetzung von Verwaltungsstellen umzugehen. Auf dem Treffen wurde zudem der Vorschlag bekräftigt, beide Verwaltungen in Gänze zusammenzulegen. Ein Zwang zur Fusion von Gemeinden ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Bis zum Sommer 2018 wurde ein gleichlautender Grundsatzbeschluss in allen vier betreffenden Gemeindevertretungen von Odervorland und Steinhöfel getroffen, der die Erarbeitung einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorsieht.

Wesentliche Änderungen

Die bisher amtsfreie Gemeinde Steinhöfel würde als vierte Gemeinde in das Amt Odervorland eingegliedert. Das Gemeindegebiet bliebe unverändert. Es sei geplant, alle verwaltungsmäßigen Vorgänge, u.a. Haushalts- und Personalarbeit auf das Amt

zu übertragen. Entscheidend sei nur, dass es genügend qualifizierte Ansprechpartner*innen vor Ort und somit keine längeren Wege für die Bürger*innen gibt.

Laut dem Gesetz zum Brandschutz, Hilfeleistung und Katastrophenschutz kann eine Gemeinde eines Amtes alleine nicht für ihren Brandschutz zuständig sein.

Die Stelle der hauptamtlichen Bürgermeisterin von Steinhöfel würde erlöschen, so dass mit der Kommunalwahl im kommenden Mai ein/e ehrenamtliche Bürgermeister*in für die Gemeinde gewählt werden müsste. Der/die Amtsdirektor*in wird hingegen nicht direkt gewählt, sondern durch den Amtsausschuss. Dieser würde um vier Mitglieder aus Steinhöfel auf zwölf Sitze anwachsen.

Die Fraktion der Aktiven Bürger erteilte dem Grundsatzbeschluss aus folgenden wesentlichen Gründen keine Zustimmung:

Viele Fragen sind noch offen, so dass eine breite Beteiligung und Diskussion darüber in der Bevölkerung bis zum 26. September wenig realistisch erscheint. Da die Bürger*innen über die Verwaltungszusammenlegung nicht direkt entscheiden können, sollte darüber die im Mai 2019 neu zu wählende Gemeindevertreterversammlung befinden. Für den erzeugten Zeitdruck haben wir kein Verständnis.

Ein Hauptargument für den Handlungsdruck sei die voraussichtlich weiter sinkende Einwohnerzahl in den vier betreffenden Gemeinden. Derzeit wachsen die Gemeinden im Westen des Landkreises wie auch in Fürstenwalde. Die Rückkehr aufs Land wird verein-



Heinersdorfer See,
Foto: Lielle, Wikimedia Commons

zelt wieder attraktiver, was durch Ausweisung von mehr Bauland und einem deutlich verbesserten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs befördert werden könnte.

Dem Fachkräftemangel kann man damit begegnen, dass mehr Aufgaben im Rahmen einer engeren interkommunalem Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen effizienter erfüllt werden können, so wie es bereits mit einem gemeinsamen Standesamt von Gemeinde und Amt praktiziert wird.

Die Einsparung der Kosten für den/die Hauptverwaltungsbeamte*n Steinhöfels ab 2020 würde dem Gemeindehaushalt keine größeren Sprünge ermöglichen, zumal die Aufwandsentschädigung für den oder die neue ehrenamtliche Bürgermeister*in gegengerechnet werden müsste.

Worauf muss geachtet werden?

Die Fraktion „Aktive Bürger“ und Mitglieder der LINKEN setzen sich für eine tägliche Besetzung eines umfangreichen Bürgerdienstes am Standort Steinhöfel ein, der bei den Sprechzeiten auch die Berufspendler*innen berücksichtigt. Die Trägerschaften von Schule, Kita und Jugendarbeit sollten auf der Gemeindeebene verbleiben, wie auch ein eigener Seniorenbeirat. Besonders wichtig ist uns eine verbesserte Ausstattung und Aufwandsentschädigung der Feuerwehren.

Ort und Zeitpunkt der Gemeindevertreterversammlung Steinhöfel entnehmen sie bitte den örtlichen Aushängen oder im Internet auf www.gemeinde-steinhoefel.de/politik/sitzungskalender.php



Schloß Steinhöfel, Parkseite, Foto: Clemensfranz, Wikimedia Commons